

**Für eine funktionsfähige und gerechte Ordnung
in der globalisierten Wirtschaft:**

Internationale Soziale Marktwirtschaft

Handreichung
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)



Handreichung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)
zur Internationalen Sozialen Marktwirtschaft

Für eine funktionsfähige und gerechte Ordnung in der globalisierten
Wirtschaft: Internationale Soziale Marktwirtschaft

von Dr. Michael Franz

Publiziert aus Anlass des 32. Deutschen Evangelischen Kirchentages
(Bremen, 20. – 24. Mai 2009)

INHALT

Vorbemerkung	3
A. Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft	5
B. Die Soziale Marktwirtschaft im nationalen Rahmen	9
C. Zu einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft	11
D. Ein Programm für alle	14



Vorbemerkung

Vorbemerkung

Als "Soziale Marktwirtschaft" wird oft die seit der Wirtschafts- und Währungsreform im Jahre 1948 betriebene Wirtschafts- und Sozialpolitik bezeichnet. Diese praktische Wirtschafts- und Sozialpolitik wird verbunden mit dem "Wirtschaftswunder" und mit "Wohlstand für alle". Arbeitsplatzverlagerungen, eine Zunahme von unsicheren Arbeitsplätzen, der Verlust der Gewissheit "wenn es meinem Betrieb gut geht, geht es auch mir gut", aber auch die jüngste Finanzmarktkrise mit ihren Auswirkungen auf die Realwirtschaft stellen harte Anfragen an die Zielsetzung "Wohlstand für alle".

"Soziale Marktwirtschaft" ist aber auch eine Konzeption, die vor allem mit den Namen von Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack (er hat den Begriff geprägt), Walter Eucken oder der Freiburger Schule verbunden wird, und die durch die Gestaltung von Ordnungen Freiheit und sozialen Ausgleich verbindet.

Welche Antworten kann diese Konzeption auf die aktuellen Herausforderungen zur Gestaltung der praktischen Wirtschafts- und Sozialpolitik geben?

A. Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft

A. Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft

Wer wissen will, wo hinzugehen ist, sollte sich zunächst der Herkunft vergewissern.

In dem Quellenband "Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft" schreiben Günter Brakelmann und Traugott Jähnichen: "Das Konzept 'Soziale Marktwirtschaft' ist in wesentlichen Zügen von den sozialetischen Traditionen des Protestantismus mitbestimmt. Für die unmittelbare Nachkriegszeit lässt sich diese These sogar dahingehend zuspitzen, dass eine Verbindungslinie zwischen der sozialetischen Diskussion des Protestantismus und der Begründung des Konzepts 'Soziale Marktwirtschaft' besteht. Im Unterschied zur sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Forderung nach einer gelenkten Wirtschaft und dem im sozialen Katholizismus mehrheitlich propagierten, 'christlichen Sozialismus' einerseits und im Unterschied zur von den liberalen Parteien geforderten freien Marktwirtschaft andererseits sind es vor allem in der Tradition des sozialen Protestantismus stehende Theoretiker, die eine neue Synthese sozialer Verantwortung und marktwirtschaftlicher Effizienz anstreben."

Was macht die "protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft" aus? Das Engagement von Christen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus fand auch seinen Niederschlag in Beiträgen zur Neuordnung Deutschlands, wie sie der Kreisauer Kreis und der Freiburger Bonhoeffer-Kreis entwickelten. Der Bonhoeffer-Kreis bestand aus Mitgliedern der Bekennenden Kirche wie den Ökonomen Franz Böhm, Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe, ferner dem Historiker Gerhard Ritter oder dem Juristen Erik Wolf. Diese Gruppe, ergänzt durch Otto Dibelius und Helmut Thielicke als theologischen Vertretern der Bekennenden Kirche, erarbeitete eine Denkschrift für die wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands nach dem Kriege. In ihrem Vorwort zu dieser Denkschrift "Wirtschafts- und Sozialordnung" (1943) - sie kann als Ausgangspunkt der Sozialen Marktwirtschaft angesehen werden - hielten die Autoren fest, dass es ihnen darauf ankam, "eine Wirtschaftsordnung vorzuschlagen, die - neben ihren sachlichen Zweckmäßigkeiten - den denkbar stärksten Widerstand gegen die Macht der Sünde ermöglicht, in der die Kirche Raum für ihre eigentlichen Aufgaben behält und es den Wirtschaften nicht unmöglich gemacht oder systematisch erschwert wird, ein Leben evangelischer Christen zu führen."

Der ordnungspolitische Gedanke zur Wirtschaftsordnung dabei war: "In allen dafür geeigneten Wirtschaftsbereichen sollen diese Grundsätze

(des fairen Wettbewerbes - d. Verf.) sich 'automatisch' auswirken, soll also die Ordnung auf Selbstverantwortung der Einzelwirtschaften beruhen, sollen also Markt- und Preisfreiheit herrschen. Hier soll der Staat kein laissez-faire treiben, sondern die Regeln, nach denen die Einzelwirtschaften verfahren dürfen, mit aller Genauigkeit erlassen und aller Strenge sichern."

Dieser Ansatz überwindet damit die Dogmen der "zentralen Verwaltungswirtschaft" und der "freien Wirtschaft", zu denen es in der "Wirtschafts- und Sozialordnung" heißt:

- "Zentrale Verwaltungswirtschaft mit ihrem gegenwärtig unvermeidbaren Totalitätsanspruch bietet durch Vollendung der Vermassung die größten Hindernisse für die Führung eines christlichen Lebens."
- "Die 'freie Wirtschaft', wie sie sich im 19. Jahrhundert herausbildete, barg u.a. die ernste Versuchung, Machtstellungen, d. h. Ausbeutungsmöglichkeiten, nachzujagen."

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft - das ist kein dogmatisches Gedanken-gebäude der Wirtschaftspolitik, sondern eine "Gesamtordnungsidee" (Müller-Armack).

Ausgangspunkt dieses Denkens in Ordnungen ist, dass der Mensch Gerechter und Sünder zugleich ist. Martin Luther betont in seiner Vorlesung über den Römerbrief (1515/1516) zu Vers 25 im 7. Kapitel: "Man beachte, wie ein und derselbe Mensch zugleich dem Gesetz Gottes und dem Gesetz der Sünde dient, wie er gleichzeitig gerecht ist und doch sündigt." Constantin von Dietze - er war später Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland - konkretisiert diesen Gedanken in den "Aussagen evangelischer Christen in Deutschland zur Wirtschafts- und Sozialordnung" (1946) so: "Als Grundlegung für unsere Stellungnahme zur Wirtschafts- und Sozialordnung gibt uns die Heilige Schrift Richtschnuren und Verbote. Die Menschen sind nicht gut genug, um die Vereinigung aller politischen und wirtschaftlichen Macht recht zu gebrauchen oder um sich in völliger freier Wirtschaft der Ausbeutung zu enthalten; sie sind aber auch nicht so schlecht, dass man sie staatlicher Tyrannei oder privater Macht unterwerfen dürfte oder gar müsste. Jede entbehrliche Macht über Menschen ist zu bekämpfen. Unentbehrlich ist die staatliche Macht jedoch, um eine Wirtschafts- und Sozialordnung zu setzen und ständig zu verteidigen, damit nicht private Machtbildung sie zersetzt."

Mit anderen Worten: Der Mensch als Gerechter und Sünder zugleich soll frei handeln können, aber sich nach Regeln entfalten, eben in einer Ordnung, die dem Bösen trotzt und der weltlichen Gerechtigkeit dient: So falsch es ist, ihm grundsätzlich zu misstrauen und deshalb die Wirtschaft zentral zu planen, so falsch ist es auch, in der Anarchie der absoluten Vertragsfreiheit Wirtschaft zu entfalten.

Es sind protestantische Wurzeln, aber die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist keine evangelische oder christliche Wirtschaftsordnung. Helmut Thielicke bringt dies in seiner "Theologischen Ethik" auf den Punkt: "Es gibt keine christliche Wirtschafts-gestalt (ebensowenig wie eine christliche Politik); es gibt aber auch nicht bloß christliche Wirtschaftler (oder Politiker); sondern es gibt bestimmte unchristliche Wirtschafts- (bzw. Politik-)Gestalten. Die theologische Aufgabe kann deshalb lediglich in der Markierung einer 'Fahrrinne' bestehen, die ihrerseits nur indirekt durch die rechts und links festgestellten Untiefen aufweisbar ist."

B. Die Soziale Marktwirtschaft im nationalen Rahmen

B. Die Soziale Marktwirtschaft im nationalen Rahmen

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft wurde vor allem von Volkswirten entwickelt. Die NationalökonomInnen gingen davon aus, dass die Organisation der Wirtschaft im Rahmen nationalstaatlicher Politik zu geschehen habe und geschehen konnte. Mitte des letzten Jahrhunderts wurde Volkswirtschaft und Weltwirtschaft so gedacht: Im Bereich der national begrenzten Märkte bestehen Staaten, die kraft ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz agieren können. Die Beziehungen der einzelnen Volkswirtschaften bewegen sich im Spektrum von Vertragsfreiheit bis Protektionismus. Der Außenhandel war auch für die Väter der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft, obgleich sie für eine Liberalisierung des Weltmarktes eintraten, ein Bereich einer primär national organisierten Wirtschaft. Das Stichwort "Außenhandelspolitik" verdeutlicht dies. Diese Einstellung war verbunden mit der Vorstellung des Primats der Politik vor der Wirtschaft. In dem Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland aus dem Jahre 1997 heißt es hierzu: "Die Soziale Marktwirtschaft im Westen Deutschlands war in starkem Maße nationalstaatlich geprägt."

Als die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt wurde, gab es zwei große Bereiche der Weltwirtschaft: Die Produktion hochtechnologischer Güter war Domäne des Nordens. Landwirtschaftliche Produktion fand nicht unter Weltmarktbedingungen statt. Länder des Südens mit niedrigem Sozialstandard waren vorrangig Lieferanten von Rohstoffen oder von Rohprodukten.

Hinsichtlich der sozialen Standards standen aber nur die Länder des Nordens untereinander in Konkurrenz. Mit der Globalisierung der Märkte ging aber eine Entwicklung einher, dass heute Länder mit einem hohen technischen Standard und Bildungsniveau, aber einer relativ niedrigen sozialen Absicherung, Marktteilnehmer bzw. auf vielen Gebieten auch Marktführer geworden sind. Dies ist – neben dem demografischen Wandel – der Grund für den Druck auf unsere sozialen Sicherungssysteme und damit die Ursache für die harten Anfragen an die Zielsetzung "Wohlstand für alle".

Es gibt mittlerweile Formen der institutionalisierten Zusammenarbeit in der Weltwirtschaft: G8/G20, IEA, IWF, OECD, OPEC, Weltbankgruppe oder WTO. Im Bereich der globalen Märkte ermangelt es aber nach wie vor einer dem Nationalstaat vergleichbaren Instanz, die eine internationale Ordnungspolitik bestimmen könnte.

C. Zu einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft

C. Zu einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft

Die Wucht der Krise des internationalen Finanzmarktes, die auf die Realwirtschaft mit aller Härte durchgeschlagen hat, ist ein drängender Anlass, um die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft um die internationale Dimension zu erweitern und um eine internationale Ordnungspolitik zu entwickeln, in der Vertragsbeziehungen in einer Ordnung entfaltet werden. Es geht darum, die Außenwirtschaftspolitiken der Nationalstaaten zu einer Weltwirtschaftsordnungspolitik fortzuentwickeln.

Diese Krise ging von den USA aus. Ihre internationale Wirkung ist Folge fehlender Ordnungspolitik mit Blick auf den internationalen Finanzmarkt: Es gab und gibt zu wenig Ordnung im globalen Maßstab. Die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen - Umweltverschmutzung, Erderwärmung, Endlichkeit der Ressourcen - sowie die Sicherung des Zusammenhalts und der Teilhabe sind weiterer Anlass zu einer internationalen Ordnungspolitik.

Aber wer setzt den Ordnungsrahmen? Wer sichert diese Ordnung? Da gibt es eine Blaupause: Der europäische Binnenmarkt ist ein Prototyp für einer Ordnungspolitik im internationalen Rahmen. Der Rat der Europäischen Union setzt unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments Recht. Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge und der Europäische Gerichtshof sind Garanten für die Überwindung des „Rechts der Stärkeren“ durch die Stärke des Rechts. Die offene Flanke dieses Weges eines Staatenverbundes ist: Der Prozess der europäischen Einigung war und ist immer noch begleitet von der Kritik der unzureichenden parlamentarischen Kontrolle und fehlender parlamentarischer Initiativmöglichkeiten.

Dreh- und Angelpunkt des Programms der Sozialen Marktwirtschaft ist, eine dem Rechtsstaat „adäquate Wirtschaftsordnung“ zu schaffen. Eucken sieht aber nicht nur den rechtlichen, sondern auch und gerade den funktionalen Aspekt: "Die Aufgabe bleibt immer die gleiche: die Herstellung einer funktionsfähigen und gerechten Ordnung."

Auf diesem Wege zu einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft sind folgende Maßnahmen von dringlicher Bedeutung:

- Senkung von Agrarzöllen im Norden und Senkung von Handelsschranken für Industrieprodukte im Süden und Osten: Gegenstand der (hoffentlich nur vorerst gescheiterten) Welthandelsrunde im Sommer 2008 war die Beseitigung der Marktabschottungen. Die EU hat weitgehende Angebote gemacht. Zölle und Subventionen können sich auf lange Sicht nur die Stärkeren leisten.
- Vereinbarung von Mindeststandards:
In die gleiche Richtung geht es, soziale und ökologische Mindeststandards zu vereinbaren: Wer die Umwelt mit rabiater Produktion zerstört, wer Kinder arbeiten lässt, der trägt dazu bei, dass freier Welthandel keine Akzeptanz findet. Auf dem Wege dahin könnte ein Gütesiegel angestrebt werden: Die Verbraucher sind aufgrund des internationalen Wettbewerbs zum einen Nutznießer günstiger Preise und vielfältiger Produkte, zum anderen aber auch Mitgestalter der Globalisierung.
- Wettbewerbsordnung:
Eine international abgestimmte Wettbewerbsordnung ist erforderlich, da der Markt nicht immer von sich aus in der Lage ist, die Bildung von Monopolen und Kartellen zu verhindern.
- Geistige Eigentumsrechte:
Ein weiteres wichtiges Feld für die Entwicklung einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft sind klar definierte geistige Eigentumsrechte. Sie sind die Grundlage für ein langfristiges Forschungs- sowie Entwicklungsmanagement und damit eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg.
- Finanzmarkt:
Schon vor der internationalen Finanzmarktkrise hat die CDU in ihrem Grundsatzprogramm, das der 21. Parteitag vom 3./4. Dezember 2007 in Hannover beschloss, nachdrücklich darauf hingewiesen, dass dieser Markt auf der Grundlage bestehender internationaler Organisationen transparenter und verlässlicher gestaltet werden muss.

D. Ein Programm für alle

D. Ein Programm für alle

Die Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa, die als Ergebnis intensiver Lehrgespräche zwischen lutherischen, reformierten und unierten Kirchen am 16. März 1973 auf dem Leuenberg bei Basel festgestellt wurde, betont, dass die Rechtfertigungsbotschaft der freien Gnade Gottes die Christen frei zu verantwortlichem Dienst in der Welt macht: „Dies macht es notwendig, dass sie mit anderen Menschen nach vernünftigen, sachgemäßen Kriterien suchen und sich an deren Anwendung beteiligen“, so die Leuenberger Konkordie. Die Konzeption einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft ist das Ergebnis einer Suche nach vernünftigen, sachgemäßen Kriterien, das gegenüber anderen Menschen, die keiner christlichen Verantwortung verpflichtet sind, ein dialogfähiges Angebot ist. Sie ist ein Programm für alle.

Dr. Michael Franz ist Ministerialrat
in der saarländischen Landesverwaltung und
Mitglied im Bundesvorstand
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK).

Die komplette Fassung dieser Handreichung, mit wissenschaftlichem Anmerkungsapparat, ist online auf www.eak-cducsu.de in der Rubrik ‚Download‘ einsehbar und kann dort kostenfrei als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

www.eak-cducsu.de

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin

Telefon: 030/22070-432
Telefax: 030/22070-436
E-Mail: eak@cdu.de

